

Anfrage Wilhelm betreffend Auswirkungen des bundesrätlichen Abbauprogramms auf Graubünden als Bergkanton

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 umfangreiche Abbaumassnahmen angekündigt. Die angedachte Kürzung von Bundessubventionen und Bundesleistungen trifft verschiedene Bereiche und Aufgaben, die für den Gebirgskanton Graubünden und für die Bündner Bevölkerung von elementarer Bedeutung sind.

Angedacht sind unter anderem der Verzicht auf Bundesbeiträge für familienergänzende Kinderbetreuung, die Kürzung von Landschaftsqualitätsbeiträgen im Bereich der Landwirtschaft, Kürzungen bei der Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen (Bahninfrastrukturfonds, Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds, regionaler Personenverkehr) und im Bereich der Forschungs- und Hochschulfinanzierung (Reduktion SNF-Beitrag und Nutzerfinanzierung kantonaler Hochschulen), im Bereich der Subventionen für die Klimapolitik oder auch die Verkürzung der Integrationspauschale für Flüchtlinge.

In vielen dieser Bereiche hat der Kanton entweder Aufgaben zu erfüllen oder in den letzten Jahren engagierte Schwerpunkte gesetzt. Vor diesem Hintergrund stellen sich den Unterzeichnenden folgende Fragen:

1. Welche Auswirkungen hätten die angekündigten Massnahmen auf die Bündner Bevölkerung und Infrastruktur konkret?
2. Wurden die Kantone in die Erarbeitung der Massnahmen einbezogen?
3. Wird sich die Bündner Regierung gegen den Abbau von Leistungen im Bereich der erwähnten Massnahmen wehren?
4. Hat der Kanton eine Strategie, wie er die allfälligen Auswirkungen der Massnahmen auf die Bündner Bevölkerung abfedern würde?

Chur, 23. Oktober 2024

Wilhelm, Nicolay (Bever), Degiacomi, Atanes, Bachmann, Bardill, Baselgia, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Cahenzli-Philipp, Dietrich, Epp, Gartmann-Albin, Gredig, Hoch, Kaiser, Kreiliger, Mazzetta, Müller, Pajic, Preisig, Rettich, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Walser